

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Blümel, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Ernst Blümel, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 10 37. — Anzeigengebühren: die gespaltene Kolonnette 25 Pf., Anzeigen von außerhalb 35 Pf., im Restantenfall 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5238 Berlin.

Bezugspreise: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Befragel. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die gespaltene Kolonnette 25 Pf., Anzeigen von außerhalb 35 Pf., im Restantenfall 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5238 Berlin.

Nr. 14.

Magdeburg, Donnerstag den 17. Januar 1918.

29. Jahrgang.

## Schwankende Gestalten.

Zur Hauptauschuss des Reichstages wurde am Dienstag endlich die Anregung gegeben, daß der Ausschuss die Beratungen über die politische Lage wieder aufnehme. Abg. Fischhof beantragte, die politische Debatte am Mittwoch fortzusetzen. Diesem Antrag schloß sich Abg. Ebert an mit dem Hinweis darauf, daß man allgemein bestimmt mit Wiederaufnahme der politischen Debatten rechne. Die Verhandlungen in Bresl-Litowsk

seien damals, als die Auseinandersetzungen im Hauptauschuss abgebrochen wurden, ins Stocken geraten, sie gehen jetzt aber wieder weiter. Die Presse der Annerzionisten hat jedoch auf die Verhältnisse gar keine Rücksicht genommen und mit ihren Ausführungen die deutschen Unterhändler diskreditiert. Schon aus diesem Grunde sei es ein dringendes Erfordernis, die politische Debatte nicht weiter hinzuzuziehen.

Unterstaatssekretär v. d. Busche gab daraufhin im Namen des Reichskanzlers folgende Erklärung ab:

Ich kann namens des Herrn Reichskanzlers die Erklärung abgeben, daß in den Instruktionen, die Staatssekretär v. Kühlmann für die Verhandlungen in Bresl-Litowsk erhalten hat, keinerlei Tendenz eingetreten ist. Hiermit dürfte allen im Publikum und in der Presse umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen sein.

Stresemann stellte der Regierung die Frage, ob ihr die politischen Verhandlungen des Ausschusses nicht unangenehm seien. Nachdem der Regierungsvertreter diese Frage prompt dahin beantwortet hatte, daß die Reichsleitung sich davon gegenwärtig keinen Nutzen verspreche, wurde die politische Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt!

Somit schaltet sich auch dieses Unterorgan der Volksvertretung selber aus, anstatt peinlich auf seinem Rechte zu beharren. Aus solchen Taten der erwählten politischen Faktoren resultiert zum guten Teile das bekannte Schwanen des Regierungskurses, der das deutsche Volk schon so oft in die peinlichste Aufregung versetzt hat.

In einem Punkte haben die Alldeutschen recht: Noch nie ist es erlebt worden, daß ein Staat bei einer so ausgezeichneten Kriegsführung eine so über alles Maß unklare Politik gehabt hätte wie das Deutsche Reich. Schuld daran trägt der Umstand, daß es bei uns zuviel Leute gibt, die nicht wissen, was sie wollen.

Was sie wollen, wissen die Alldeutschen. Und was sie will, das weiß die Sozialdemokratie. Die Alldeutschen wollen den sogenannten Machtfrieden mit gewaltsamen Annerzionen in Ost und West und halten ihn für ein erreichbares Ziel. Die Sozialdemokratie bekämpft diesen Machtfrieden grundsätzlich und hält ihn überdies für ein unerreichbares Ziel. Sie will den allgemeinen Verständigungsfrieden ohne Annerzionen und Entschädigungen zur Begründung eines dauernden Friedenszustandes zwischen den Völkern. Der Sozialdemokratie hat sich mit ziemlicher großer Bestimmtheit eine Reihe bürgerlicher Politiker angeschlossen, sei es aus grundsätzlichen oder aus opportunistischen Gründen. Die einen davon sind durch die

Brauen des Krieges zu entschiedenen Friedensfreunden bekehrt worden, die andern wollen einen Frieden ohne Annerzionen, weil ein anderer doch nicht zu erreichen und alles Blutvergießen vergeblich sei.

Zwischen diesen beiden Anschauungswelten, die sich voneinander

scheiden wie Feuer und Wasser,

pendeln nun verschiedene Leute unentschlossen hin und her. An dem einen Tage sind sie für einen Frieden ohne Annerzionen und stöhnen: „wenn nur schon Schluß wäre!“ An dem nächsten fassen sie wieder frischen Mut und begeistern sich für den deutschen Schwertfrieden. Von einem großen Berliner Blatte wurde in früheren Zeiten wegen seiner auffällig schwankenden Haltung boshafterweise behauptet, es werde immer nach der letzten Postkarte redigiert, die eben bei der Redaktion eingelaufen sei. Nehmlich wie dieser unglücklichen Redaktion geht es den Unentschlossenen von heute; sie lassen sich von Stimmungen hin und her treiben, und die deutsche Politik erhält dadurch einen unsicheren und unklaren Charakter.

Man ist nun auf den Gedanken gekommen: wenn die Kriegsführung so gut und die Politik so schlecht ist, so ist es vielleicht am besten, wenn diejenigen, die den Krieg führen, auch die Politik des Reiches in die Hand nehmen. Das ist nun für jedermann, der nur einigermaßen politisch denken gelernt hat, ein gar zu offensichtlicher Kurzsinn. Denn man kann auf dem einen Gebiet ein unerreichbarer Meister, auf dem andern aber zugleich ein Stümper sein. Die Alldeutschen setzen sich aber über solche vernünftige Erwägungen hinweg und dekretieren, mit Recht oder Unrecht, im Namen der Militärs, daß die Dinge so und so gemacht werden müßten.

Es ist jetzt vollkommen klar, daß ihre Absicht dahin geht, die gesamte Kriegspolitik, soweit sie im Zeichen des Wortes stand:

„uns treibt nicht Eroberungssucht“

mit einem Schlag über den Haufen zu werfen. Es wird für West und Ost, praktisch zunächst für den Osten, ein Annerzionprogramm aufgestellt, das in militärisch-strategischer Hinsicht wahrscheinlich ausgearbeitet durchdacht, in politischer Beziehung aber geradezu kindlich ist. Greifen wir nur einen Punkt heraus: von dem Gebiet des ehemals russischen Polen soll ein Streifen, der ungefähr 2 Millionen rein polnischer Bevölkerung umfaßt, abgetrennt und zum Deutschen Reich geschlagen werden. Wie macht man das und was kommt davon?

Deutschland hat dem ehemals russischen Polen seine staatliche Selbständigkeit zugesprochen. Es stellt sich in Bresl-Litowsk auf den Standpunkt, daß die Selbständigkeit Polens — unter Annerzhung an die Mittelmächte — eine schon vollzogene Tatsache sei, und der Vertreter der Obersten Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen, General Hoffmann, hat am 11. Januar erklärt, daß die Oberste Heeresleitung jede Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen müßte. Daran setzt, daß bei den Friedensverhandlungen von Bresl-Litowsk über das

neue polnische Annerzionprojekt

gar nicht verhandelt werden kann. Denn Deutschland spricht Rußland das Recht ab, in dieser Angelegenheit mitzureden, und selbst wenn die deutsche Regierung von diesem Standpunkt abginge, so könnte eine Einigung mit der russischen Regierung über dieses Projekt niemals zustande kommen, weil sich die russische Regierung nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker selber die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit abspricht.

Es ergibt sich also die groteske Situation, daß das neue „Friedensprogramm“ überhaupt nicht geeignet ist, Gegenstand der Friedensverhandlungen zu sein. Eine Abmachung, die Deutschland das Recht auf das beanspruchte Gebiet zuspricht, könnte nur zwischen der deutschen Regierung und dem polnischen Regentenschafterrat geschlossen werden. Der aber würde sich wundern. Polen ist in diesem Kriege doch keine feindliche Macht, es wird im Gegenteil als unser Verbündeter behandelt, und diesem Verbündeten sollen wir jetzt nicht nur zwei Millionen seiner Bevölkerung nehmen, sondern auch das für seine Industrie

lebensnotwendige Kohlengebiet!

Ein Polen ohne „Bling“ ohne seinen westlichen Landteil ohne „Brennöl“ und „Eisen“ — das ist ein „Polen“, der selbständig sein — es wird für alle Seiten unklar, was sein wird!

Weiter! Zwei Millionen Polen sollen dem Königreich Preußen einverleibt werden. Diese Polen haben jetzt ihre polnischen Schulen und Gerichte. Will man die ihnen nehmen, und sie mit den preussischen Polen auf eine Stufe stellen? Oder wird man die nationale Freiheit, die die zu annektierenden Polen jetzt haben, auch auf die bisher preussischen Polen ausdehnen und zugeben, daß in Polen und Westpreußen polnisch omtiert, gelehrt und Recht gesprochen wird? Dieser Gedanke liegt unsern Annerzionspolitikern wohl am entferntesten! Oder will man im Staate Preußen zwei Kategorien Polen schaffen, neue und alte, freie und unfreie?

Wie muß dann aber auch der polnische Annerzionplan auf unsern österreichischen Verbündeten zurückwirken? In ganz Oesterreich wird es kaum einen Menschen geben, der sich mit diesem Plan einverstanden erklären wird, in weiten Kreisen wird er die größte Erbitterung wecken.

Kurzum, wie man die Sache auch dreht, der neue Plan bleibt eine

Mißgeburt dilettantischer Politik,

wie sie schlimmer gar nicht erdacht werden kann. Wie war es möglich, daß er überhaupt ernstlich aufgestellt und diskutiert werden konnte, so ernstlich, daß die Diskussion eine neue schwere Krise über das Reich heraufbeschwören konnte? Das kommt, wie gesagt, daher, daß es immer noch zu viele Leute gibt, die nicht genau wissen, was sie wollen.

Wir haben infolgedessen Schwandlungen der deutschen Politik erlebt, die das Vertrauen zur Regierung auf allen Seiten erschüttert haben. In Bresl-Litowsk ein Labyrinth, aus dem sich noch kein Ausweg zeigt. In Berlin neue Verwirrung! Und die Alldeutschen trompeten lustig weiter! —

## Riga und die Letten.

In den kritischen Tagen, an denen die deutsch-russischen Verhandlungen von Bresl-Litowsk auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den besetzten Gebieten gestochen sind, jetzt die Rede ein, um den „Willen“ dieser Völker künstlich zu konstruieren. Riga und Kurland werden ja seit längerer Zeit als „alter deutscher Boden“ dargestellt. Im Reich wird der Glaube verbreitet, als haben sie keine andre Sehnsucht, als den Anschluss an das Deutsche Reich. Wenige nur wissen, daß in den sogenannten russischen Ostseeprovinzen auch die Letten und Esten wohnen. Noch mehr mangelte es an Nachrichten über das Leben, Streben und Trachten dieser Völker. Und demnach ist das von den Letten Kompaß bevölkerte Gebiet mit seinem mehr als 6000 Quadratkilometer großen Flächenraum

erheblich größer als Belgien, Dänemark, Serbien, die Schweiz und andre noch kleinere Länder. Griechenland ist ebenso groß wie Lettland, und Bulgarien wie auch Portugal sind nur anderthalbmal größer. Auch hinsichtlich seiner Einwohnerzahl (2 551 000) kann es sich neben Norwegen, Dänemark, Griechenland, Serbien und Finnland stellen.

Das von den Letten bevölkerte Gebiet besteht aus Kurland, den vier südlichen Kreisen Livlands und Inzantien (lettisch Inzantien), d. h. aus den drei nördlichen Kreisen der Provinz Witebsk. Dieses Gebiet zusammengefaßt heißt Lettland.

Wenn wir alle fremdbürtigen, im aktiven Kriegsdienst stehenden Männer, als zu den örtlichen Einwohnern

nicht gehörig, in Abzug bringen, so ergibt sich nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vor dem Kriege, daß hinsichtlich ihrer Nationalität die ländliche Bevölkerung Kurlands und Südlivlands folgende Zusammenfassung hat:

Letten . . .	94,5 Proz.	Litauer . . .	1,0 Proz.
Russen . . .	0,3 „	Polen . . .	0,2 „
Deutsche . . .	2,2 „	Esten . . .	1,0 „
Juden . . .	0,5 „	andre . . .	0,3 „

Es ergibt sich also, daß mehr als 94 Prozent der ländlichen Bevölkerung Letten sind. Auch in den drei Kreisen Inzantien bilden die Letten die absolute Mehrheit der Bevölkerung.

Sind die Landgebiete Lettlands durchaus lettisch, so bieten die Städte schon ein viel bunteres Bild hinsichtlich der Nationalität ihrer Bewohner dar. Und dennoch bilden die Letten die absolute Majorität in 17 Städten von den 26 Städten des südlichen Baltikums; in 6 Städten bilden sie die relative Majorität und nur in 3 lirländischen Kleinstädten bilden die Majorität der Bevölkerung die Juden. Der

#### Prozentfuß der Deutschen

machte vor dem Kriege in 5 Städten weniger als 5 Prozent aus, in 9 Städten von 10 bis 15 Prozent, und nur in 3 Städten von 15 bis 20 Prozent. In ganz Lettland gibt es keine Stadt, in der mehr als 25 Prozent Deutsche vorhanden sind. In bezug auf die Russen sei gesagt, daß sie in 21 Städten weniger als 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen und daß es in Lettland nur 2 Städte gegeben hat, in denen es mehr als 15, aber weniger als 25 Prozent Russen gegeben hat.

Eigentlich kommen nur einige größere Städte in Betracht als Sitz der nichtlettischen Bevölkerung Lettlands. So zum Beispiel ergab die letzte Volkszählung in ganz Lettland nur 120 212 Deutsche — außerdem noch 15 000 deutschsprechende Juden —, von denen 95 000 in Riga, Mitau und Libau wohnhaft sind. So finden sich 80 Prozent von allen in Lettland lebenden Deutschen in diesen drei Städten. Also kann eigentlich nur von diesen drei einigermassen bedeutenden deutschen Kolonien in Lettland die Rede sein, während in allen übrigen Städten und auf dem flachen Lande zusammen nur 24 212 Deutsche unter annähernd zwei Millionen Nichtdeutschen wohnen. Und doch bilden die Deutschen selbst in diesen drei Städten nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil der Bevölkerung. So machte der deutsche Teil der Einwohner Rigas nach der Volkszählung vom 13. August 1917 nur 14,4 Prozent der Gesamtbevölkerung aus (die Letten dagegen 54,7 Prozent), in Libau im September 1917 13,7 Prozent.

Also auch in den Städten, in welchen vier Fünftel aller Deutschen Lettlands wohnen, machen sie

#### kaum den siebenten Teil

der Gesamtbevölkerung aus und in ganz Lettland weniger als 6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Prozentfuß der

Russen und anderer Nationalitäten ist wie auf dem flachen Lande, so in den Städten noch geringer als der der Deutschen.

Doch kann nun die Frage erhoben werden, ob die Letten in genügendem Maße Kulturvölk sind, um das Schicksal ihrer Heimat selbständig lenken zu können.

Um beispielsweise über die Bildungsstufe des lettischen Volkes zu urteilen, sei darauf hingewiesen, daß es unter den Letten keine Analphabeten gibt. Es gibt zwar ältere Leute, die des Schreibens unkundig sind; doch lesen können alle. Daß man überhaupt noch Analphabeten antrifft, erklärt sich dadurch, daß die obigen Zahlen sich auf die Gesamtbevölkerung beziehen und daß unter den Russen und Juden verhältnismäßig viele Analphabeten anzutreffen sind. So sind in Südkurland des Lebens und Schreibens unkundig 43,4 Prozent aller Juden und 44,1 Prozent aller Russen.

In bezug auf die Mittelschulen (Gymnasien, Realschulen) nimmt Lettland die Stelle

#### an der Spitze aller Kulturländer

ein, denn im Jahre 1910 gab es in Lettland 98 Mittelschulen mit 22 600 Schülern, was eine Schule auf 26 000 Einwohner ausmacht. Mit Lettland hält in dieser Beziehung nur Norwegen gleichen Schritt, wo auch auf 26 000 Einwohner eine Mittelschule kommt, während in Belgien eine Schule auf 41 300 Einwohner, in Frankreich auf 44 600, im Deutschen Reich auf 54 100 Einwohner, in Oesterreich-Ungarn auf 63 700, Bulgarien auf 161 000 Einwohner usw. kommt.

Im Zusammenhang mit der Zahl der Mittelschulen befindet sich auch die Zahl der lettischen Studenten. Im Jahre 1913 gab es auf den russischen Hochschulen 1850 lettische Studenten und außerdem hunderterte junger Letten Hochschulen in Deutschland, Frankreich, in der Schweiz usw. Somit beträgt die Zahl der Studierenden in Lettland mehr als 2000, während es auf den Universitäten Schwedens nur 1200 Studierende gibt, in Dänemark 1400, Norwegen 1400, Bulgarien 800 usw. Die Zahl der Studierenden im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung ist geringer als in Lettland noch in mehreren großen Kulturländern, z. B. in Frankreich und Italien.

Als eine gewisse Charakteristik der Intelligenzität des lettischen Kulturlebens sei auf die lettische Presse hingewiesen. Im Jahre 1913 erschienen in lettischer Sprache 51 periodische Ausgaben, wovon 27 politische Zeitschriften. Allein in Riga erschienen vor dem Beginn des Krieges zehn Tageszeitungen in lettischer Sprache.

Auch das

#### Bereits- und Genossenschaftswesen

ist stark entwickelt. Es bestanden vor dem Krieg in Kurland und Livland 140 landwirtschaftliche Vereine, 20 Bienenzuchtvereine, 2 Obst- und Gartenbauvereine, mehr als 100 korporative Gesellschaften, welche sich zum Zwecke der Gewinnung der Viehzucht und die rationelle Verwertung ihrer Produkte gesetzt haben, 2 landwirtschaftliche Schulen und mehrere Versuchstationen. Im Jahre 1913 wurden 90 landwirtschaftliche Kurse veranstaltet, die von 9000 Personen besucht wurden. Weiter bestanden 300 gegenseitige Versicherungsgesellschaften, zirka 60 korporative Konsumvereine, davon 18 in Riga, die im Verbands der Konsumvereine Lettlands vereinigt sind.

Die Höhe der erreichten Kulturstufe ist um so mehr anzuerkennen, wenn man in Betracht zieht, daß alles bis jetzt Erreichte nur das Resultat privater Tätigkeit ist, daß der russische Staat die kulturelle Emanzipation der Letten nicht förderte, sondern sie mit allen denkbaren Mitteln hinderte, daß die baltisch-deutschen herrschenden Klassen aus Furcht vor der Konkurrenz des aufblühenden Lettentums alles taten, um den Entwicklungsgang des lettischen Volkes aufzuhalten.

Angesichts dieser Sachlage, daß wir es bei den Letten so wenig wie bei den Finnen mit einem deutschen Volksstamm zu tun haben, daß die Letten seit Jahrzehnten im heftigen Kampfe zur dünneren deutschen Oberherrschaft stehen, daß sie ihre Kultur gegen diese Oberherrschaft durchgesetzt haben, ist es eine Täuschung, dem deutschen Volk einzureden, es sei Kurland ein „deutsches“ Land. Wollten die Letten wirklich einen Anschluß an Deutschland, so wird sie niemand daran hindern. Aber dann sollen sie es selbst und absolut frei beschließen. Jeder Druck und jede Fälschung ihrer Meinung wäre ein Verbrechen gegen die Zukunft auch Deutschlands. —

# Was der Krieg bringt.

## 24000 Tonnen und ein Zerstörer.

Der Chef des Admiralstabs der Marine gibt neue U-Boot-Verluste im Mittelmeer bekannt, nämlich ein englischer Zerstörer und 24000 Tonnensprengstoff.

Am 22. Dezember hat ein unserer U-Boot-Verluste, Kommandant Oberleutnant zur See Obermüller, vor Alexandria einen großen U-Boot, durch Fischkämpfer und Torpedobootzestörer fast gesichert, mit bester Torpedotrumpfschiff versenkt und darauf in tiefem Angriff den Zerstörer der Sicherung „H D 8“ durch Torpedostreifer vernichtet. Der Transporter hatte noch Beobachtung des U-Bootes angeschlossen, welche England an Not.

Nach den übrigen von unsern U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien lagen, die U-Boote im Orient Leistung hatten, besaß sich ein weiterer U-Boot, von Zerstörern gesichert Fischkämpfer von etwa 5000 Tonnen sowie zwei mittlere Dampfer, die aus U-Booten hervorgegangen waren. —

## Aus Russland.

### Die Umwälzung der russischen Verhältnisse.

Der russische Staat hat eine Umwälzung durch den Krieg erfahren. Der Staat hat für das nationale Interesse ein Gebot zu tun, das die Umwälzung aller nationalen Verhältnisse, die von der russischen und internationalen Lage abhängen, angeht. Nach diesem Gebot werden alle inländischen Verhältnisse, die im Besitz von Ausländern sind, vollständig annulliert. Nur die wichtigsten Verhältnisse des Eigentums und die von Eigentümern angelegenen Verhältnisse bleiben.

### Verfassung des russischen Staates.

Nach einer Erklärung der Abgeordneten aus Petersburg wurde der russische Staat als Demokratie und als Republik der Verfassung auf Basis der Verfassung von 1906 verfaßt und in der Reichsversammlung interniert. Die Verfassung ist nunmehr unter der Leitung der russischen Regierung erlassen. Sie ist die erste Stufe der Verfassung von 1906, mit allen Verfassungen, die gegen die Regierung haben, können Verträge zu machen und sie ins Leben zu führen.

### Ein Ministerium.

Der Ministerpräsident „Kornilow“ erklärt aus London, daß die Verfassung von 1906 die Basis hat, die den russischen Staat als Demokratie und als Republik der Verfassung von 1906 verfaßt und in der Reichsversammlung interniert. Die Verfassung ist nunmehr unter der Leitung der russischen Regierung erlassen. Sie ist die erste Stufe der Verfassung von 1906, mit allen Verfassungen, die gegen die Regierung haben, können Verträge zu machen und sie ins Leben zu führen.

### Engländer in England?

Nach einer Erklärung der Abgeordneten aus Petersburg wurde der russische Staat als Demokratie und als Republik der Verfassung auf Basis der Verfassung von 1906 verfaßt und in der Reichsversammlung interniert. Die Verfassung ist nunmehr unter der Leitung der russischen Regierung erlassen. Sie ist die erste Stufe der Verfassung von 1906, mit allen Verfassungen, die gegen die Regierung haben, können Verträge zu machen und sie ins Leben zu führen.

### Die Räumung Persiens.

Die „Reichsarmee“ räumt Persien, teilt der persische Konsul in Lissabon mit, daß die Entfernung der russischen Truppen aus Persien schneller vor sich geht, als man zu hoffen wagte. Nach offiziellen Angaben der persischen Regierung haben die russischen Truppen in Hamia alles geplündert und vernichtet. Folge dieser Plünderung ist, daß die Perser sich auf russisches Gebiet zurückziehen. Ungefähr 12 000 Perser haben sich in der angrenzenden Steppe angesammelt, wo sie Reis- und Baumwollpflanzungen zerstörten. —

## Das Schuldbuch zerrissen.

Die russischen Volkskommissare kündigen ganze Arbeit an. Eine Arbeit, die die ganze kapitalistische Welt argen Bedenken aussetzt. Sie wollen die russischen Staatsanleihen für null und nichtig erklären. Daran ein großes Geschäft in der kapitalistischen Presse aller Länder.

Der Zar und seine Helfer haben das russische Volk verpfändet bis zur Kehle. Die russischen Bauern und Arbeiter hätten da ein Jahrhundert hinaus im Schweige ihres Angebots zu arbeiten, um den französischen, englischen und amerikanischen Kapitalisten die Finzen zu erarbeiten für Geld, die der Zar in Festungen, strategischen Bahnen, Kanonen und Pulver angelegt hat. Die Festungen sind gefallen, die Bahnen in fremden Besitz, die Kanonen erbeutet und das Pulver verunreinigt, aber Bauern und Arbeiter sollen sie fortverarbeiten!

Das will den Sowjets offenbar nicht in ihren beschränkten Kopf. Also soll ein Dekret herbeiführen, das verfügt:

1. Ausländer können von den Papieren jeden beliebigen Gebrauch machen, die Papiere sind null und nichtig.
2. Russen, die solche Papiere erworben haben, können, wenn sie noch sind (über 10 000 Rubel) bei der herrschenden Not an den Staat umtauschen lassen.
3. Weniger reiche Bauern, die jedoch nicht mehr als 1000 Rubel Ackerland haben, kriegen davon 5 Prozent, und jene, die weniger haben, nur 3 Prozent Zinsen.
4. Arbeiter und Bauern, die arbeiten bei der Presse verhalten müssen sind, solche Papiere zu kaufen, können sie dem Staat zum Kauf und erhalten 70 bis 75 Rubel für 100 zum Kauf.

Diese Maßregel gewinnt, wenn sie durchgeführt wird, ungeheure Bedeutung für die Welt. Das russische Volk, die russische Landwirtschaft und Industrie, der russische Staat tritt heimlich schuldlos und mit ganz geringer Steuerlast in den Weltmarkt ein. Dieser Vorzug wird noch gesteigert durch die Tatsache, daß den Bauern des Ostens jungfräuliche oder ungenutzte Böden in ungeheurer Ausdehnung zu Gebote steht. Es wird den Bauern des Abendlandes schwer werden, den Weltmarkt des Ostens anzuschließen, sie werden geradezu in ein Streifen, da im neuen Westen Amerika unter ähnlichen Bedingungen wirtschaften.

Die Sorge aber, daß die Russen nach diesen Schritten keinen Kredit in der Welt finden, ist ganz hinfällig. Denn wenn das alte Schuldbuch zerrissen ist, wird das amerikanische Kapital sofort merken, daß der

Schuldner für neue Anlagen erstaunlich gut und sicher geworden ist. Der russische Anschluß wird zum Verhängnis für Mitteleuropa, besonders für die französischen Kleinrentkapitalisten, aber für Russland eine ganz gewaltige Entlastung, geradezu eine Erlösung. —

## Der Udenischen Trommelfeuer.

Das papierne Trommelfeuer, das die Vaterlandsparteiler gegen Kuhlmann regelmäßig veranstalten wollten, hat prompt eingekehrt. Wir erwähnten schon, daß dauernd Telegramme an die in dem Rundschreiben der Vaterlandspartei bezeichneten Stellen einlaufen. Zu diesen gehörte auch der König von Sachsen, dem denn auch prompt die ganze „Sorge und Verzweiflung“ der „Vaterländischen“ auf drahllichem Wege ausgedrückt wurde. Hier einige Beispiele:

Der Ortsverein Dresden der Deutschen Vaterlandspartei hat an die befohlenen Adressen: den Kaiser, den König von Sachsen, den Kronprinzen und Gindenburg Telegramme abgesandt. In dem an den König von Sachsen gerichteten Telegramm heißt es u. a.: „Geradezu niederschmetternd auf die Volksstimmung hat es gewirkt, daß möglicherweise sogar ein Wechsel in der so glänzend bewährten Obersten Heeresleitung eintreten könnte.“

Auch von Plauen (Vogtland) aus hatte eine „vaterländische Protestversammlung“ an den König von Sachsen ein ähnliches Telegramm gerichtet.

An der Spitze der „Sächsischen Staatszeitung“ veröffentlicht nun Graf Bismarck von Eckardt, der Minister des Innern und des Auswärtigen, folgende Mitteilung:

Seine Majestät der König hat aus einer großen Anzahl sächsischer Ortshäupten telegraphische Kundgebungen erhalten, die die schwere Sorge der Bevölkerung um die Gestaltung unseres Friedens und die Zukunft unseres Vaterlandes zum Ausdruck bringen. Seine Majestät ist nicht in der Lage, auf die Kundgebungen einzeln zu antworten, und hat mich beauftragt, den Absendern für den Beweis treuer vaterländischer Gesinnung und des Vertrauens zu Seiner Majestät allerhöchst seinen Dank auszusprechen. Seine Majestät hat die feste Zuversicht, daß Seine Majestät der Kaiser, gestützt auf die unerschütterliche Kraft unseres Heeres, nur einem solchen Frieden seine Zustimmung geben wird, der die freie Entwicklung und das friedliche Gedeihen unseres Vaterlandes gegen alle ferneren Eingriffe sichert.

Es wäre zwar zu verstehen, wenn die Vaterländischen durch ihr telegraphisches Trommelfeuer der Reichsregierung lediglich einiges „zu verdienen geben“ wollten. Sie sollten aber bedenken, daß der Draht heute vermögen für nützlichere Dinge überlastet ist, daß ihre eigne Telegraphiererei nicht nur einen groben Unfug, sondern eine ernste Gefährdung der Staatsinteressen darstellt. Ganz abgesehen von dem Inhalt der Telegramme, die am besten in den Papierkorb oder verwandte Gefäße wandern würden. Ob ja allerdings den Weg dorthin finden, hängt zum Teil von den geheimen Ratgebern der Adressaten ab. —

# Der Bauzener Prüffstein.

Nach dem eben bekanntgewordenen amtlichen Wahlergebnis haben bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Bauzen-Kamenz von 22 263 Wahlberechtigten 17 035 ihre Stimmen abgegeben, 76 Stimmen waren ungültig, von den 16 959 gültigen Stimmen entfielen auf

- Justizrat Dr. Herrmann (kons.) . . . 6986
- Kaufmann Pudor (Sp.) . . . . . 3520
- Landtagsabgeordneter Uhlig (Soz.) . . . 6451

Zerplittert waren zwei Stimmen. Im Gegensatz zu den irreführenden Zahlen, die am Montag durch die Presse liefen, zeigt das amtliche Wahlergebnis gegenüber den zuerst gemeldeten Ziffern nur ganz geringfügige Unterschiede. Die Wahlbeteiligung betrug nicht 95, sondern nur knapp 76 vom Hundert. Der Anteil der einzelnen Parteien an der Zahl der Wahlberechtigten ist fast derselbe geblieben. Er ging bei den Konservativen von 38,5 auf 31 Prozent zurück, bei den Fortschrittlichen von 21,6 auf 16 Prozent und bei den Sozialdemokraten von 31,3 auf 28,6 vom Hundert. Die verhältnismäßig geringste Einbuße erlitt sonach in diesem hauptsächlich ländlichen und zum guten Teile wendischen Kreise die Sozialdemokratie, während die konservative Stimmzahl trotz der zentrierten Unterstützung am weitesten zurückging. Der Ausgang der Stichwahl ist höchst ungewiss. Es wird von den fortschrittlichen Wählern abhängen, ob ein Anhänger des Friedens oder ein Länderkrieger in den Reichstag einzieht. Auf jeden Fall haben unsere Genossen noch reichlich Arbeit, um die säumigen Wähler zum Stichwahltag heranzuholen. —

# Herzling im Herrenhaus.

Zur Dienstag-Sitzung des Preussischen Herrenhauses herrschte ein Andrang wie schon seit Jahren nicht mehr. Es war angekündigt, daß der Ministerpräsident Graf Hertling sich vorstellen und dabei eine Rede halten werde, von der das „Berliner Tageblatt“ sogar schon die Vermutung geäußert hatte, daß Graf Hertling auch auf den Stand der Wahlrechtsberatung im Abgeordnetenhaus eingehen würde. Die Leute saßen in gewaltiger Spannung da und freuten sich schon des kommenden Schaupiels, als Graf Hertling wirklich erschien. Manah einem mochte da die Geschichte vom Daniel in der Löwengrube einfallen, dann immerhin ist der Reichskanzler für richtiggehende preussische Herrenhausmitglieder schon stark belastet; und außerdem ist er ja aus Bayern gekommen.

Aber — der Präsident trug alle Formalien vor, die sich im Laufe der Zeit angeammelt hatten, dann trat das Haus in die Tagesordnung ein, und zwar in die Beratung des Wohnungsgesetzes. Erst hierbei nahm Graf Hertling einfach als erster Redner das Wort, um in einigen warmherzigen Sätzen die schweren Schäden, die jetzt auf dem Gebiet des großstädtischen Wohnungswezens bestehen, zu besprechen und die Notwendigkeit der Abhilfe, insbesondere für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer, zu begründen. Sprachlos setzte sich und ließ die Zuhörer mit offenem Munde staunen! Dann ging die Beratung ganz ruhig und sachlich weiter, der Danziger Oberbürgermeister Scholz bestritt dem wenig inhaltreichen Gesetz die Berechtigung zur Führung des Namens eines Wohnungsgesetzes, Herr v. Rheinbaben erwiderte dagegen wieder allerlei Vorzüge an dem Gesetz. In der weiteren Debatte äußerten Dernburg und Graf Rosenow bemerkenswerte soziale Anschauungen über die Wohnungsfrage. Das Gesetz wurde schließlich angenommen, muß aber nochmals an das Abgeordnetenhaus zurück, da es vom Herrenhaus abgeändert wurde. —

# Um das Frauenwahlrecht.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag in der ersten Sitzung nach der Weihnachtspause den fortschrittlichen Antrag auf Zulassung von Frauen als Mitglieder städtischer Verwaltungsdeputationen und eine Reihe von Petitionen, die sich teils für, teils gegen die Gewährung des Wahlrechts an Frauen aussprechen. Als erster Redner brachte der konservative Abg. Graef die bekannten Bedenken der Reaktionen gegen das politische Frauenstimmrecht vor. Trotzdem erklärte er, würde ein Teil seiner Freunde für die Zulassung von Frauen in Deputationen sein, ein anderer Teil aber lehnt sogar diesen geringen Fortschritt ab, weil er darin den ersten Schritt zur politischen Betätigung der Frauen erblickt. Der Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Kaufmann, sprach sich gleichfalls gegen das aktive Frauenwahlrecht und gegen die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben aus, obwohl, wie er meinte, diese Betätigung nach kirchlichen Grundsätzen nicht verboten ist. Dagegen ist die Zentrumsfraktion bereit, für die Zulassung von Frauen in Wohnungsdeputationen, Schuldeputationen und sonstigen Deputationen sozialer Fürsorge zu stimmen.

Nachdem ein Vertreter des Ministers des Innern erklärt hatte, daß der Minister bereit ist, die Städteordnungen dahin abzuändern, daß Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können, daß aber diese Reform nur in Verbindung der Reform des Gemeindevahlrechts überhaupt erfolgen könne, trat der Fortschrittler Dr. Lewin in längeren Ausführungen für die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben und für die Gewährung des Wahlrechts an Frauen ein. Er gelang ihm, die von gegnerischer Seite vorgebrachten Argumente

an der Hand der bisherigen Erfahrungen in andern Ländern zu zerstreuen. Er bat, mit der Reform rechtzeitig vorzugehen und nicht wieder zu warten, bis es zu spät ist.

Noch entschiedener trat für das Frauenwahlrecht, und zwar nicht nur für das aktive und passive Gemeindevahlrecht, sondern auch für das politische Wahlrecht, Genosse Girsch ein, der zunächst gegen die Konservativen polemisierte, die auch in dieser Frage nichts gelernt haben, und die mit den Frauen das gleiche Spiel treiben wie mit den Männern, von denen sie auch behaupten, daß die große Masse der Wähler gar kein gleiches Wahlrecht wolle (1). Redner führte aus, daß eine große Reihe von Bürgermeistern sich sehr anerkennend über die Tätigkeit der Frauen in der Gemeindeverwaltung ausgesprochen habe. Er wies darauf hin, daß die Frauen während des Krieges unser Wirtschaftsleben im wesentlichen aufrecht erhalten haben und deutete die großen Aufgaben an, die ihrer Lösung nach dem Kriege harren, die aber ohne die Mitarbeit der Frauen nicht gelöst werden können.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Niepmann (nackl.), v. Woyna (freikon.) und Ströbel (Unabh. S.) vertagte sich das Haus auf Mittwoch. —

# Der Zwiespalt im Zentrum.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Wochenblatt der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, beginnt einen Artikel in der soeben erschienenen Nummer wie folgt:

In unserer Zentrumsparlei haben sich in den letzten Monaten immer öfter, man kann sagen immer dreister, Leute hervorgeholt, die sowohl in ihren außen- wie in ihren innerpolitischen Auffassungen zu dem Konservativen gehören und nicht mehr zum traditionellen Zentrum. Diese Leute versuchen mit allen Mitteln, die ihnen zugehenen Einflüsse zu gewinnen, um Zwiespalt in die Parteimeinung hineinzutragen, unbekümmert darum, in offener zynischer Ueberhebung sogar über das, was die Parteinstimmen beschließen und bekräftigt haben. Zu lange hat man diese Frontdeure ihr parteischädigendes Werk verrichten lassen, ohne Einspruch zu erheben. Nun endlich scheint man sich der Aufassung zu nähern, daß es so auf keinen Fall weitergehen könne, soll nicht die Partei auseinandermandriert werden. Die Lust in der Partei bedarf dringend der Reinigung.

Diese scharfen Angriffe zielen vor allem auf die Adelsgruppe im Zentrum, die Grafen Loe, Spee, Galen, Strachwitz usw. und den Freiherrn Kerckerink zur Borg, der die westfälischen Bauern zum Kampfe für die „heiligsten Güter“ der feudalen Reaktion aufgerufen hat; sie richten sich aber auch gegen gewisse im Machtbereich der westlichen Schwerindustrie erscheinende Zentrumsblätter, die eine völlig annexionsmäßig-aldemokratische Politik treiben und sich große Mühe geben, den agrarischen Volkseindem bei der Hintertreibung oder wenigstens Verhinderung des gleichen Wahlrechts hilfreiche Hand zu leisten. —

# Haussuchung im Rathaus.

Die Denkschrift des Neuföllner Magistrats, die ein Hochverbrechen gegen die allgemeine Sünde der Höchstpreisüberhebung war und die Gründe in der verheerenden Kriegsernährungswirtschaft selbst suchte, entwickelte sich immer mehr zu einem Gärkoff, der das ganze „System“ zu zerbrechen droht. Die Ernährungsbehörden haben inzwischen zwar mancherlei „erklärt“, aber noch immer vermisst man einen klaren Entschluß, entweder konsequent oder inkonsequent zu sein. Das führt denn zu tragikomisch schmerzlichen, aber in ihrem Kern doch recht peinlichen Maßnahmen und Vorfällen.

Dienstagabend hat man eine Haussuchung im Neuföllner Rathaus vorgenommen, um nach Schriftstücken zu suchen, die die Höchstpreisüberschreitungen im einzelnen Falle beweisen sollen, insbesondere nach den Lieferungsbüchern des Magistrats und den Handelsabrechnungsbüchern zu suchen. Der Magistrat hatte gegen die Herausgabe der Magistratsakten Einspruch erhoben, der abgelehnt worden war.

Infolge des Vorgehens des Kriegsernährungsamts ist es auch noch zu einem Streite zwischen der Regierung und dem Magistrat von Neufölln gekommen. Der Neuföllner Magistrat hat nämlich seinen Beamten die Aufgabe gegenüber dem Untersuchungsrichter unter Hinweis auf ihren Beamteneid verboten. Darauf ist nun veranlaßt vom Kriegsernährungsamt bei der Regierung zu Potsdam der Antrag gestellt worden, die Beamten von ihrer Schweigepflicht zu entbinden. Der Regierungspräsident hat diesem Antrag entsprochen. Als man aber zur Zeugenvernehmung geschritten werden sollte, stellte sich ein neues Hindernis heraus. Der Neuföllner Magistrat bestritt nämlich der Regierung das Recht der Verfügung über die Beamten und hielt ihr Vorgehen mit den Bestimmungen über die Selbstverwaltung für unvereinbar. Er erhob im Verwaltungsstreitverfahren den Konflikt gegen die Potsdamer Regierung. Bevor dieser nicht erledigt ist, wird also die Zeugenausfrage der Beamten keinesfalls erfolgen können. —

# Notizen.

Aus der Haft entlassen. Von den verhafteten Vorstandsmitgliedern der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie in Köln sind der „Leipziger Volkszeitung“ zufolge Jander und Bachendorf und Frau Kulowitz wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die vierte Verhaftete, Frau Adernann, wurde nach Berlin übergeführt. —

Ein Sozialdemokrat als Ehrenbürger. Der Stadtrat in Frankenhäusen (Schwarzburg-Rudolstadt) ernannte einstimmig den Genossen Franz Winter, der 25 Jahre dem Starbrot angehört, als Anerkennung für seine Verdienste um die Stadt zum Ehrenbürger. Franz Winter, ein alter treuer Genosse, ist der Öffentlichkeit bekannt durch seine langjährige Tätigkeit als Präsident des Rudolstädter Landtags. —

Der italienische Angriff. Im Wiener Heeresbericht wird über den italienischen Angriff an Brenta und Piave folgendes mitgeteilt: Zwischen der Brenta und dem Mt. Berica ging der Italiener nach starker, zeitweise zum Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Infanterieangriff über. Nach sehr heftigen Kämpfen gelang es dem Feinde, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsraum ist die vorderste Kampflinie voll in unserm Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Bressanin rasch zum Stehen gebracht. —

Große Arbeitslosigkeit in Dänemark. Auf einer Konferenz, die am Montag im dänischen Handelsministerium mit den Vertretern der Banken und Sparkassen des ganzen Landes stattfand, wurde man sich dahin einig, daß die genannten Anstalten zwei Drittel Prozent ihrer Jahresüberschüsse zur Verfügung stellen. Der Betrag von ungefähr 30 Millionen Kroner wird zu Anleihen unter den verschiedenen Gemeinden vergeben, damit diese große öffentliche Arbeiten anfangen, um die herrschende Arbeitslosigkeit zu erleichtern. Ungefähr 40 000 Personen sind schon arbeitslos. —

# Kleinere Unternehmungen

M. T. B. Großes Hauptquartier, den 16. Januar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. Bei und südlich von Lens war die Artilleriekämpflichkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgesichte; südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonvillers vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Einige Aufklärungstruppen brachten in den oberen Vogesen Gefangene ein.

Westlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues. Mazedonische Front. Im Cerna-Bogen erhöhte Gefechtsstätigkeit.

Italienische Front. Zwischen Brenta und Piave mehrfach lebhafter Feuerkampf, mit besonderer Heftigkeit im Gebiet des Monte Solone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen. In den Piave-Abschnitten nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

# Depeschen.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk. M. T. B. Brest-Litowsk, 16. Januar. Gestern fanden weitere Besprechungen der deutsch-österreichisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig nach starken Abweichung in den Auffassungen der beiden verhandelnden Teile konnte in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden. —

Attentat auf Lenin. M. T. B. Petersburg, 16. Januar. (M. T. B.) Als Lenin eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert. —

Das Friedensdokument. M. T. B. Bern, 15. Januar. Der römische Korrespondent der „Stampa“ berichtet, der Hauptzweck der Pariser Konferenz sei die Abgabe einer ins einzelne gehenden Erklärung über die Friedensziele der Alliierten und die Abfassung eines gemeinsamen, die gesamten Forderungen enthaltenden Dokumentes. Die italienische Regierung habe einem derartigen Einheitsdokument zugestimmt. — Auch „Gazzetta d'Italia“ bezeichnet ein derartiges Dokument als erwünscht, hält es aber für nötig, darauf hinzuweisen, daß die Hauptpunkte des demokratischen Friedens dadurch keinerlei Veränderung erfahren würden. An erster Stelle würden die Forderungen Frankreichs gegenüber Deutschland und Italiens gegenüber Oesterreich bestehen bleiben. —

Stichwahltermin in Bauzen. M. T. B. Bauzen, 15. Januar. Die Stichwahl im dritten sächsischen Reichstagswahlkreis Bauzen-Kamenz ist auf den 25. Januar festgesetzt. —

**Arbeiter, Beamte und Angestellte!**  
 Forbert euch bei euren Fabriken und Behörden  
**billige Vorzugskarten**  
**für die Kriegs-Luftfahrt-Ausstellung.**

**Eibe-Kohlenkontor** G. m. liefert gegen Marken b. H. oder 184 Bezugschein **Briketts** Kalender umsonst bei Abholung!

Kaiserstrasse 37



## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 16. Januar 1918.

### Magdeburg im „Matzsch“.

Man las schon gestern mit gelindem Schreden den Wetterbericht: Er kündete Regen an. Noch lagen schmutzige Häuflein Schnee und Eis überall auf den Straßen, man brauchte sich um Schmutz und Nässe wirklich nicht zu sorgen, nun sollte noch Regen kommen! Es regnete auch gestern abend, über Nacht aber senkte es sich weiß über die Stadt hernieder. Wie sah die Welt heute morgen aus! Aus Telegraphendrähten waren leuchtend weiße Ketten geworden, über die schwarzen Flächen der Dächer und die scharfen Kanten der Giebel und Erker waren mollig weiße Decken gebreitet. Im blendenden Weiß lagen auch die Straßen. Aber man brauchte in dieser Welt des Reinen und Weißen nur wenige Schritte zu tun, um mit schmerzlicher Deutlichkeit zu fühlen und auch zu hören, daß auch diese Reinheit nur äußerlich war und der Schein ein trügerischer. Unter der reinen Decke wartete voll Rinde der scheußlichste Matsch. Bald war auch der Schnee nur noch ein zäher Brei, der sich an Wagenräder festhaugte, Menschen und Tieren zur fürchtbaren Last wurde. Aus Schnee und Matsch wurde bald Wasser und Morast, der zu dem Kriegsschuhwert trefflich paßte.

Die Schneedecke am Morgen verursachte selbstverständlich auch wieder eine Menge Verkehrsstörungen. Die Straßenbahnwagen blieben an allen Ecken und Enden in diesem glitschigen Brei einfach stecken. Lastwagen konnten mit ihren abgetriebenen Säulen nur die vom Schneepflügen und Streuwagen freigemachten Gleise der Straßenbahn benutzen, um überhaupt vorwärts zu kommen. Überall wurde gestucht und geschimpft über das Uebermaß des weißen Segens, der jedenfalls auch noch ein bedrohliches Hochwasser im Gefolge haben wird. In mehreren Stellen sind durch den darauf liegenden Schnee die Telephondrähte gerissen. Am B r i d g e wurde hierdurch ein eigenartiger Unfall herbeigeführt. Dort fiel der Telephondraht auf die Oberleitung der Straßenbahn und von hier auf ein vor einem Rollwagen gespanntes Pferd der Firma Rudolph u. Sohn. Das Pferd fiel sofort um, wurde vollständig gelähmt und mußte mit Hilfe der Feuerwehr auf einen Wagen geladen und weggeschafft werden. Der Fall der Telephondrähte auf die Straßenbahnleitung war von eigenartigen und grellen Sichtercheinungen begleitet.

Auf den Bürgersteigen begann ja schon im Morgengrauen ein lebhaftes Krachen und Schippern, die Straßen entlang zogen sich auch bald kleine weiße Gebirgszüge. Die Reinigung der Gehwege geschieht aber trotzdem nur sehr mangelhaft, häufig müssen sich auch ungeübte Hände damit abmühen und leicht ist die zähe, lebrige Masse auch nicht zu entfernen. Es wird also auch in den nächsten Tagen wieder häufiges Gelände in unsern Straßen zu überschreiten sein. Wenn das zur Nachtzeit geschehen muß, dann kann bei dem Fehlen der Straßenbeleuchtung solch eine Bergtour manches gefährliche Erlebnis bringen.

Die Wetterbedingungen stellen noch weitere Niederschläge und weiteres Lawetter in Aussicht. Das können wieder glückliche Kriegsmomente werden. Es gibt für die Winterbemittelten kein ganzes Schuhwerk mehr! Der Ueberwachungs-Ausschuß für die Schuhindustrie hat schon mancherlei Versprechungen gemacht. So hat er schon Kriegsheimatschutz als schöne Hoffnung herausziehen lassen. Das ist schon lange her. Es wäre jetzt die beste Zeit, wasserdichte Stiefel zu verkaufen. Warum überlegt man noch, wenn man wirklich nicht nur Einfälle, sondern auch Schuhe produziert hat?

\*\* Anträge auf Hinterbliebenenbezüge sind nicht mehr bei den Polizeibehörden, sondern im Wohlfahrtsamt, Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene, Johannisstraße 3c, 2 Treppen, Zimmer 9, zu stellen. —

— Die Kriegsküche erhöht den Preis. Im Anzeigenteil der heutigen Nummer macht der Magistrat bekannt, daß der Preis für Essen aus der Kriegsküche von 30 auf 40 Pfg. pro Liter erhöht wird. Als Grund wird die Verteuerung der Rohmaterialien angegeben. Die Kriegsküche muß einkaufen wie jede große Privatküche, sie hängt von der Marktlage ab und auf dem Markt des freien Handels — der immer noch unumschränkt herrscht trotz Nationierung und Kontrollvorschriften — gibt es nur ein dauerndes Steigen des Preises. Wie weit dieses Spiel gehen soll, weiß keiner. Man läßt es laufen und beteuert, der freie Handel und das freie Verfügungsrecht des Besitzers der Waren müssen bestehen bleiben. Eine wirklich umfassende Organisation der Ernährungsfürsorge ist bei solchen Grundfragen natürlich nicht möglich, die Kriegsküche könnte aber nur die große Hilfe leisten, die von ihr erhofft wurde, wenn sie ein Glied einer großzügigen Organisationsaktion wäre. So steht sie als Halbwelt unter lauter kümmerlichen Anhangsflüden der Ernährungsregelung, muß sich nach der allgemeinen Preistreiberie richten und kann daher nur in sehr beschränktem Maße nützen. —

**Rein Mieter erkläre sich des Wohnungsmangels wegen mit unberechtigten Mietersteigerungen einverstanden! Lieber kündigen lassen (aber nicht selbst kündigen!) und dann sofort das Mieteinigungsamt anrufen!** 194

— Das Kaiser-Friedrich-Museum hat wiederum einen wertvollen Zuwachs erhalten. Der Verwaltungsausschuß hat ein plastisches Werk Mag Klingers erworben, und zwar das erste vom Künstler selbst getönte Modell zur Kassandra. Wie manche Skizze eines Künstlers die tiefsten künstlerischen Absichten eines schöpferischen Gedankens reiner und stärker zum Ausdruck bringt als das endgültige Werk, so wird auch diese erste Fassung des Kassandra-Gedankens manchen Freunde Klingerscher Kunst noch eindringlicher und ergreifender erscheinen als das Leipziger Marmorwerk. Das feine, weiche Lächeln der Götterin, die jede Zukunft kennt, aber weiß, daß sie vor keinem Verderben retten kann, spricht ergreifend zu dem Betrachter. Es ist sehr erfreulich, daß dem Reichthum der Malereien Mag Klingers, den unser Museum in der Heim-Strauß-Stiftung zeigt, ein so bedeutsames Werkzeiler Klingerscher Plastik hinzugefügt werden konnte. Das Werk ist im Raum 61 (neben den Karlens Gipsfiguren) aufgestellt worden. —

— Erhebung der Seifenration. In der Berliner Presse lesen wir: „Bisher erhielt man auf seine Seifenkarte im Monat 50 Gramm Seife und 250 Gramm Seifenpulver. Diese schmale Ration wird jetzt gekürzt. Von nun an gibt es zwar noch die 50 Gramm Seife, aber nur 125 Gramm Seifenpulver, da die zur Herstellung erforderliche Soda von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen wird. Für die Hausfrauen ist diese Einschränkung sehr empfindlich, da sie es ihnen fast unmöglich macht, Wäsche zu waschen.“ Anheimend soll diese neue Regelung nur für Berlin gelten. Es ist aber anzunehmen, daß auch in Magdeburg eine Herabsetzung der Ration angeordnet wird. —

— Kriegs-Luftfahrt-Ausstellung, „Falkenhof“. Tausend Gefahren umlauert den Flieger, wenn er sein Flugzeug vom Erdboden läßt und das Luftmeer durchquert. Wie der ganze Flugvorgang vom Start bis zur Landung sich abspielt, welche Schwierigkeiten der Führer in Bewegung zu setzen und was er alles während seines Fluges zu beachten hat, kommt so recht in den Demonstrationsvorträgen zum Ausdruck. Die täglich in der Ausstellung im „Falkenhof“ um 11 Uhr vormittags, 3 und 5 Uhr nachmittags stattfinden. Um den Beamten, Angestellten und Arbeitern der staatlichen und gewerblichen Betriebe Magdeburgs in allerweitem Maße den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen, gibt die Ausstellungsleitung Vorzugskarten zum halben Preise, d. h. zu 50 Pfg. aus. Die Karten werden von dem betr. Arbeitgeber in Empfang genommen und die Berechtigung findet auch zwischen diesem und der Ausstellungsleitung statt. —

— Schnee im Harz. Seit dem Jahre 1888 sind im ganzen Harzer Hochland nicht so gewaltige Schneemassen in so wenigen Tagen niedergegangen, wie dies in den letzten Tagen der Fall gewesen ist. An vielen Stellen traten Schneeverwehungen von 1½ bis 2 Meter und darüber ein. Geradezu verhängnisvoll wirkten diese Schneeverwehungen auf den Verkehr der Harzgebirgsbahn. An vielen Einschnitten und Krümmungen der Bahnhalle hatten sie Schneewände von 5 bis 6 Metern Höhe auf Hunderte von Metern in der Länge geschaffen, vor denen auch die stärkste Maschine ohne rotierenden Schneepflug hätte haltmachen müssen. Für das Wild im Walde ist eine schwere Zeit, zumal das Raubzeug sich während der Kriegszeit, wo so viele Forstmänner zur Fahne einberufen sind, sich stark vermehrt hat. —

— Arbeiteringend. Bezirk Alte Neustadt. Am Donnerstag zunächst wichtige Besprechungen, danach Niederabend. Niederbücher und Musikinstrumente nicht vergessen. —

— Der erste Vortragsabend des Vereins Magdeburger Presse am Donnerstag im Kaiserhaus Hohenzollern beginnt pünktlich abends 8 Uhr. Der Einlaß der Gäste findet von 7½ Uhr an statt. —

— Durch Selbstschüsse verletzt. Am Dienstag nachmittag machte sich die ledige Anna Reich, Döbendorfer Straße 60 wohnt, im Garten der Eltern mit den dort gelegten Selbstschüssen zu schaffen. Dabei entlud sich eins dieser gefährlichen Dinger und das junge Mädchen hatte die Spielerei mit dem Verluft zweier Finger zu büßen. —

— Gestohlen wurden am 14. d. M. von einem Hofe in der Neuen Straße ein größerer gelber Handleitwagen; in der Nacht zum 15. aus einer Gartenparzelle zwischen Budau und Fernerleben sieben Hülsen und neun Kaninchen (als Dieb kommt ein Soldat in Frage, der am 15. morgens 3¼ Uhr von einem Schuhmann in der Schönebecker Straße mit einer Kiste und einem gefüllten Rucksack angehalten wurde, aber unter Zurücklassung von Kiste und Rucksack, in denen sich die geschlachteten Tiere befanden, flüchtete); am 15. vormittags aus einer Wohnung in der Ottenberghöhe etwa 340 Mark und eine silberne Herrenanorak mit Goldbrand (auch in diesem Falle ist der Dieb ein unbekannter Soldat); aus einem Keller in der Böttcherstraße eine größere Anzahl Bücher mit Konjekten, Rot- und Leberwurst, ferner Hum, Arrak und Sekt; aus einer Wohnung in derselben Straße eine Masstaba, ein Masstamuff und eine grüngezippte Bluse mit silbernenem Stehragen und schwarzem Santgurt. —

## Theater, Konzerte u.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Donnerstag 8 Uhr „Tristan und Isolde“; Freitag 6¼ Uhr „Das Mädchen des Grotten“; Sonnabend 7 Uhr „Die Menschenfreunde“; Sonntag 7 Uhr „Die Kaiserin“, nachmittags für die Pfingstgebühren „Der Hochwurst“. —

Centraltheater. Am Sonntag nachmittag um 8¼ Uhr gelangt ebenfalls „Der Soldat der Marie“ zur Aufführung. Karten erhältlich. —

Freibühne. Täglich 7¼ Uhr Leipziger Seidel & Söngers-Sonntag 2 Vorstellungen, ¼ und 7 Uhr. 1486

Ortsgruppe Magdeburg des Bundes deutscher Völkerverbände. Freitag, 18. Januar, abends pünktlich 8 Uhr. Hauptversammlung und Vortrag. 362

## Bereins-Kalender.

Magd. Gewerkschaftskarteil. Freitag den 18. d. M., abends 8 Uhr. Sitzung mit den Gewerkschaftsvorständen im Gewerkschaftshaus. 362

## Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 15. Januar. Todesfälle: Obermonteur Edmund Fren, 67 J. 10 M. 23 T. Witwe Marie Fortbran geb. Rebe, 67 J. 1 M. 23 T. Näherin Anna Wulfer, 33 J. 10 M. 1 T. Martine, 2. des Posthilfsleiters Hans Busse aus Wöckern, 4 J. 11 M. 2 T. Waltraud, 2. des Schuhmanns Karl Schacht, 7 M. 5 T. Albert, 6. des Elektrikers Albert Fiege, 2 M. 1 T.

Einburg, 14. Januar. Todesfälle: Schöne Arbeiter Richard Bremer, 19 J. Gusspöcher August Fippel, 64 J. Arbeiter Heinrich Böbe, 66 J. Landwirt Andreas Schmidt aus Worme, 60 J. Formverwalter Karl Härmers, 73 J. Fabrikarbeiter Gerhard Graf v. Lindenleben aus Gerleben, 80 J. Keramiker Hermann Kopschke, 51 J. Martha, 2. des Arbeiters Karl Wiesner, 14 J.

## Es faust das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larjen.  
(2 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Während ich speiste, plauderten wir lebhaft miteinander zum Teil von allerlei gleichgültigen Dingen, hauptsächlich aber über uns selbst und über die Schicksalswege, die uns hier im Hause von Mrs. Jamison zusammengeführt hatten, und dieser Gesprächsstoff füllte unsere ganze Aufmerksamkeit aus. Als wir uns vom Tisch erhoben, hatte ich Mrs. Plymton meine ganze Lebensgeschichte erzählt, und auch von ihr wußte ich bereits mancherlei; sie war drei, vier Jahre älter als ich, hatte jedoch bedeutend mehr Lebenserfahrung; sie stammte aus dem Westen, hatte vorher in Chicago gearbeitet und war nun nach Newyork gekommen, um sich hier eine Stelle zu suchen.

Wir gingen aus dem Speiseaal in ihr Zimmer hinauf, das ebenso häßlich und unwohnlich war wie das meine, zündeten ein Feuer im Ofen an und sahen lange schweigend in die Glut, bis meine Freundin plötzlich traurig sagte:

„Müssen Sie bei dem Feuer da nicht auch ganz unwillkürlich an etwas denken?“

„Ja,“ sagte ich, „ich denke an mein Heim, das ich nun verloren habe,“ und mit lauten beinahe die Tränen in die Augen.

„Nicht wahr? Ja, das Heim! Solange man es noch hat, weiß man eigentlich gar nicht, was man hat! Aber nun ist das wohl vorbei für uns beide, weil wir eben beide auf dem Lande aufgewachsen sind.“

„Auf dem Lande?“ fragte ich überrascht. „Ja, dachte doch, Sie seien aus Chicago?“

„O, nein, nein, ich bin vom Lande; ich kam erst nach Chicago, als ich schon zwanzig war. Wir hatten früher eine Farm in Iowa, aber dann, als mein Vater starb, stand ich allein da und da mußte ich mir in Chicago Arbeit suchen. Wir hatten im wildesten Teile von Iowa gelebt, dicht bei

dem sogenannten Großen Wald... o, ich kenne das Leben draußen an der Grenze; es gibt keine schwere Arbeit, die ich nicht kennen würde; ich bin eben dazu geboren...“

Sie lachte und öffnete die Ofentür, denn das Rohr war glühend geworden und drohte die dünne Wand zum Nachbarzimmer in Brand zu setzen.

Ein starkes Rochen ließ uns aufschrecken; wir lauften voller Angst, aber bald verstanden wir, daß es irgendein Nachbar war, der Ruhe haben wollte. Als wir noch weiter sprachen, wurde das Rochen immer stärker, bis zu guter Letzt eine Tür im Gang aufgerissen wurde und eine rauhe Männerstimme mit groben, unflätigen Worten Ruhe verlangte. Da flüchtete ich leise Gute Nacht und stahl mich auf Zehenspitzen in mein eigenes Zimmer.

So begann meine Bekanntschaft mit Minnie Plymton, die späterhin zur herzlichsten Freundschaft wurde und von großer Bedeutung für mein weiteres Schicksal gewesen ist.

2.

Als ich am nächsten Morgen erwachte, kam wieder das Heimweh über mich, die Sehnsucht nach jenem Heim, das nirgends mehr war, außer in meiner Erinnerung; dann aber entjaun ich mich an Mrs. Plymton, kleidete mich schnell an und eilte, schon mit leichtem Herzen, in das Frühstückszimmer hinab.

Aber meiner harter Enttäuschung: Mrs. Plymton hatte bereits gefrühstückt und war seit einer ganzen Weile fortgegangen. Ich kaufte mir deshalb eine Zeitung und stieg wieder in meine Kammer hinauf.

Juny und unerfahren wie ich war, machte ich mich sofort mit Eier daran, die Rubrik: Offene Stellen zu rubrieren, und ich muß heute zu meiner Schande gestehen, daß ich nur solche Stellen in nähere Erwägung zog, in denen „Damen“ verlangt wurden. Ich hatte daheim einen Winter über Unterricht in der Landtschule erteilt, und es erziehen mir daher nur recht und billig, ja geradezu selbstverständlich, daß sich auch in Newyork eine Stellung für mich finden müßte, wo ich meine Kenntnisse verwerten konnte, so daß ich nicht direkt von meiner „harten Arbeit“ zu leben brauchte.

Ich antwortete auf alle möglichen Offerten: Gesellschaftsdame, Vorleserin für einen Blinden, Empfangsdame bei einem Zahnarzt, bei einem Photographen usw.

Auf alle diese Offerten hin wurde eine eigenhändige, schriftliche Bewerbung verlangt.

Ich gab ganze Stöße von Briefen auf, aber ich hatte mit ihnen allen nicht das geringste Glück...

Und dann kamen die Fallgruben von Zeitungsanzeigen, die man nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa und sonstwo kennt, in denen sogenannte „intelligente Damen“ gesucht werden, welche, wenn sie sich dazu melden, unter Umständen für den Beruf des Hausjägers mit einer besonderen „Patentmedizin“, einer Anzeigenammlerin oder für einen sonstigen Beruf gesucht werden, in dem es am besten ist, gleich von vornherein zu verweigern.

Ich hätte mir viel Mühe und viele Ausgaben ersparen können, wenn ich mich gleich mit Mrs. Plymton hätte besprochen können, aber sie war abgereist, und es war zweifelhaft, wann sie zurückkehren werde.

Am Montag abend bekam ich eine Postkarte von ihr; sie schrieb, sie sei verreist, um mit einer größeren Firma wegen einer Stellung zu verhandeln, und sie hoffe, mich demnächst auf die oder jene Weise wieder zu treffen...

Das war alles. Und meine Sehnsucht nach diesem einzigen Menschen, der mich ja überhaupt nur annähernd verstanden hatte, stieg doch von Tag zu Tag... Dieser Mensch aber wußte nicht... er ahnte es nicht einmal...

Trotz alledem aber machte ich mich heimlich auf die Suche nach Arbeit, denn es war, wenn ich nicht hungern wollte, die höchste Zeit; ich hatte nur noch wenige Dollar im Besitz... Ich glaubte damals bei der Stellungsfrage nach einem ganz bestimmten Plan verfahren zu sollen, und ich war ordentlich stolz auf mich selbst, als ich ihr mir zurechtgelegt hatte: ich fortierte die „Offenen Stellen“; und die, um die man sich brieflich bewerben mußte, schrieb ich mir sofort heraus und beantwortete sie, während ich mir die, um welche man sich persönlich bewerben mußte, in der ganzen Stadt umeinanderließ... (Fortsetzung folgt.)

